



NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 15.12.2009,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 22:39



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Monika Vogler

Natascha Walz

bis TOP 21 ö.S.

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

von TOP 5 bis TOP 13.7

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

ab TOP 13 ö.S.

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Jürgen Bibus	(Personalabteilung)
Kurt Degen	(Kämmereiabteilung)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Udo Hans	(Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)
Peter Kaiser	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Martin Gensheimer	(Ortsvorsteher Arzheim)
Horst Pede	(Leiter der Pressestelle)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hans Peter Thiel



Der Vorsitzende informierte, dass ihm noch ein Antrag des Beirats für Migration und Integration vorliege, die Geschäftsordnung des Stadtrates dahingehend zu ändern, dass der Beirat für Migration und Integration beratend in verschiedenen städtischen Ausschüssen mitwirken könne. Er habe kein Problem damit, den Punkt noch auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Tas, neuer Vorsitzender des Beirates für Integration und Migration, stellte sich dem Stadtrat kurz vor. Er bat darum, den Antrag noch heute zu behandeln. Dann könnte der Beirat kurzfristig an der Willensbildung des Rates teilnehmen in all den Fragen die den Beirat betreffen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, den Punkt als Tagesordnungspunkt 28 der öffentlichen Sitzung zu behandeln.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, den Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung in den öffentlichen Teil zu nehmen. Hier handle es sich um einen Aufstellungsbeschluss, die üblicherweise öffentlich behandelt würden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es hier um eine Grundstücksangelegenheit gehe, die nichtöffentlich zu behandeln sei. Zum Aufstellungsbeschluss gebe es für die nächste Stadtratssitzung noch eine gesonderte Vorlage, die dann öffentlich behandelt werde.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Peter Imo
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Klaus Wolf
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Wiedereinrichtung der Uni-Linie
Vorlage: 101/042/2009
5. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Auswirkungen der Geothermieanlage
Vorlage: 101/049/2009
6. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhalt des städtischen Gebäudes Wollmesheimer Hauptstraße 9
Vorlage: 101/050/2009
7. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Kontamination des Geländes des Wohnparks Am Ebenberg
Vorlage: 101/052/2009
8. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Konzepts zur Vermeidung von Heimeinweisungen von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 101/055/2009
9. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Installation von Sonnenkollektoren auf städtischen



Gebäuden

Vorlage: 101/056/2009

10. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Beauftragung einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Vorlage: 101/057/2009
11. Dorfentwicklung
 - 11.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Dorfentwicklungsplänen für die Stadtteile
 - 11.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Impulse für die Dorfentwicklung
Vorlage: 101/058/2009
12. Stadt Landau in der Pfalz, Neukonzessionierung Wasser
Vorlage: 200/003/2009
13. Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2013, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Striefflerstiftung
Vorlage: 240/012/2009
 - 13.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010 / Verkehrsberuhigung Schneiderstraße
Vorlage: 101/041/2009
 - 13.2. Anträge der CDU-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010
Vorlage: 101/043/2009
 - 13.2.1. Schulmodernisierungsprogramm
 - 13.2.2. Verbesserung der Begehbarkeit des Rathausplatzes im Rahmen des Haushaltsansatzes Attraktivierung der Innenstadt
 - 13.2.3. Kunstrasenplatz - Projekt
 - 13.2.4. Verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Stadtteilen
 - 13.2.5. Finanzplanung 2011 - 2015
 - 13.3. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010
Vorlage: 101/044/2009
 - 13.4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Antrag zum Haushalt 2010
Vorlage: 101/048/2009
 - 13.5. Anträge der UBFL-Stadtratsfraktion;
 - 13.5.1. Sanierung städtischer Wohnungen in der Cornichonstraße
Vorlage: 101/051/2009
 - 13.5.2. Jugendarbeitskonzept
Vorlage: 101/053/2009



- 13.5.3. Investitionskosten für die Neuanschaffung von Spielgeräten
Vorlage: 101/054/2009
- 13.6. Zweitwohnungssteuer/Bonusprogramm
Vorlage: 101/047/2009
- 13.6.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung eines "Begrüßungsscheckheftes"
Vorlage: 101/059/2009
- 13.7. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2010
Vorlage: 820/012/2009
14. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2010 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof und Straßenreinigung
Vorlage: 860/022/2009
15. Wirtschaftsplan 2010 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: /002/2009
16. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP; Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 101/045/2009
17. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 300/020/2009
18. Neuwahl der Ausschüsse
Vorlage: 101/046/2009
19. Änderung der Vergütungssteuersatzung
Vorlage: 300/019/2009
20. Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen
Vorlage: 300/011/2009
21. Einführung wiederkehrender Beiträge für den Straßenausbau
Vorlage: 310/003/2009
22. Prioritätenliste 2010 - 2013 der ausbaubeitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen
Vorlage: 600/008/2009
23.
 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz
 2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbaaufwand
Vorlage: 680/015/2009
24. Östliche Innenstadt: Beschluss als Stadtumbaugebiet
Vorlage: 610/018/2009
25. Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd ;
Überarbeitung des Rahmenplans ehemalige Kaserne Estienne et Foch (Wohnpark Am Ebenberg)



Vorlage: 610/022/2009

26. Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim - Heidelberg -
Sonderumlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar
Vorlage: 660/003/2009
27. Beauftragung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein Neckar mit Wettbewerbsverfahren im
ÖPNV
Vorlage: 660/001/2009
28. Antrag des Beirates für Migration und Integration; Änderung der Geschäftsordnung
29. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Strack wollte wissen, ob der Betrag von 100.000 Euro, den die Sparkasse für den Ankauf der Skulptur am Obertorplatz zur Verfügung stelle, übertragbar sei, wenn es in diesem Jahr nicht zum Ankauf komme. Die zweite Frage sei, wer Gelder für kulturelle Zwecke bei der Sparkasse beantragen könne.

Der Vorsitzende erläuterte, dass über die Sparkassenstiftung Gelder für regionale Zwecke zur Verfügung stünden. In dem von Herrn Strack geschilderten Fall gebe es weder einen Antrag noch einen Beschluss. Anträge auf Stiftungsgelder könne jeder Bürger der Stadt Landau stellen, der Stiftungsvorstand entscheide dann darüber.

Eine Reihe von Studenten der Universität meldeten sich in der Einwohnerfragestunde zu Wort.

Ein Student forderte den Rat auf, gegen die Zweitwohnungssteuer zu stimmen. Den Effekt, den man sich erhoffe, werde man nicht erzielen. Die Personen, die man haben wolle, werde man nicht bekommen.

Ein weiterer Student wollte wissen, welche Legitimation es überhaupt für die Einführung der Zweitwohnungssteuer gebe. Das Studieren werde immer teurer und es bestehe die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man ja bereits Erfahrungen mit der Zweitwohnungssteuer habe. Damals habe man 400.000 Euro zusätzlich eingenommen. Ziel sei es ja, die Steuer gar nicht anzuwenden. Vielmehr sollten die Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Landau hätten, animiert werden, ihren Hauptwohnsitz in Landau anzumelden. Dies bringe der Stadt erhöhte Schlüsselzuweisungen des Landes und damit mehr als die Steuer selbst.

Eine Studentin erwiderte, wie der Oberbürgermeister auf die Idee käme, dass Studenten ihren Lebensmittelpunkt in Landau hätten.

Der Vorsitzende antwortete, dass er davon aus gehe, dass der, der ernsthaft studiere auch seinen Lebensmittelpunkt in der Stadt habe. Rechtlich begründet sei die Zweitwohnungssteuer durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Mittlerweile hätten mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Studienorte die Zweitwohnungssteuer.

Ein Student bestritt, dass die Studenten ihren Lebensmittelpunkt in Landau hätten. Viele seien nur in der Wochenmitte in Landau und würden dann wieder nach Hause fahren. Einschließlich der Semesterferien komme man da niemals auf einen Lebensmittelpunkt in Landau.

Der Vorsitzende machte noch mal deutlich, dass die ADD als Aufsichtsbehörde ganz klar die Wiedereinführung der Zweitwohnungssteuer verlange. Er habe als Oberbürgermeister eine Verantwortung für die Stadt und könne nicht einfach auf Einnahmen verzichten.

Herr Strack sagte, es sei doch in der Definition eines Lebensmittelpunktes so, dass man mehr als 180 Tage im Jahr an einem Ort wohnen müsse. Das könne man bei den Studenten doch wohl kaum sagen.

Der Vorsitzende machte noch mal deutlich, dass es heute erst mal nur um den Grundsatzbeschluss zur Wiedereinführung der Zweitwohnungssteuer im Paket mit einem Begrüßungspaket gehe. Die rechtliche Ausgestaltung erfolge dann mit dem Satzungsbeschluss.

Ein Student erwiderte, dass man als Student dann diese Steuer zahlen müsse, weil man sich gar nicht ummelden dürfe.



Ein Student ergänzte, dass bei Beamtenfamilien Boni wegfallen würden, wenn man sich ummelde. Die Folge sei, dass sich viele Studenten dann gar nicht erst anmelden würden, was zu einer Kriminalisierung der Studenten führen würde. Dies könne nicht im Sinne der Stadt sein. Man unterstütze auch in einem hohen Maße die Wirtschaft in Landau. Landau lebe von den Studenten. Er finde es eine Unverschämtheit, den Studenten dann so in die Tasche zu greifen.

Der Vorsitzende widersprach der Aussage, dass man den Studenten in die Tasche greife.

Ein Student machte deutlich, dass die Zweitwohnungssteuer von ihrem Ursprung her eine Luxussteuer sei. Wie wolle man dies mit Studenten vereinbaren. Wenn es um die Konsolidierung des Haushalts gehe, sollte man doch eher beispielsweise wieder an eine Erhöhung der Gewerbesteuer denken, als es von denen zu holen, die eh kaum etwas hätten.

Der Vorsitzende erklärte, dass man im Haushalt alles ausreize was gehe. Was die Gewerbesteuer betreffe, sei man in Rheinland-Pfalz mit dem Hebesatz ganz an der Spitze. Man könne den Wirtschaftsstandort Landau nicht überreizen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Peter Imo

Der Vorsitzende würdigte Herrn Peter Imo für seine Verdienste im kulturellen Bereich. Er halte seit 1980 die Einführungsreden zu Konzerten und Opern in der Festhalle. Er tue dies, um den Menschen die Musik näher zu bringen. Hinzu kämen eine Vielzahl von Klavierabenden, Liederabenden und Kammermusikabenden. Herr Imo sei darüber hinaus 78 mal Mitglied der Jury im Wettbewerb „Jugend musiziert“ gewesen. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner kulturellen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Imo die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Imo bedankte sich für die Ehrung. Dieses Engagement mache ihm immer noch Spaß und er freue sich, dass seine musikalische Arbeit so gut ankomme.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Klaus Wolf

Der Vorsitzende würdigte Herrn Klaus Wolf für seine Verdienste im beruflichen und gesellschaftlichen Bereich. Er sei seit 1973 Sachverständiger im Fleischerhandwerk und 1983 zum stellvertretenden Landesinnungsmeister des Pfälzischen Fleischerverbandes ernannt worden. 1985 sei die Wahl zum Obermeister der Fleischerinnung Landau-Bad Bergzabern erfolgt. Untrennbar mit seinem Namen sei der erstmals im Jahr 2000 international ausgeschriebene Saumagenwettbewerb als medienwirksamer Werbeträger der Region verbunden. Im gesellschaftlichen Bereich engagiere er sich seit 1993 im Förderverein der Berufsbildenden Schule, dessen Vorsitzender er seit 2008 sei. Seit 1998 sei er zudem Vorsitzender des Kreisjugendorchesters und dort Motor und Mentor der jungen Künstler. Mit Klaus Wolf bekomme das Handwerk Gesicht.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Wolf die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Wolf bedankte sich für die Ehrung. Er habe sich immer für das Gemeinwohl in der Region eingesetzt und werde dies auch weiter tun.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Wiedereinrichtung der Uni-Linie

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. Bei der Sitzung des Rates für Fragen der Universität und ihrer Studierenden Ende November sei ein Anliegen der Studenten der ÖPNV gewesen. Beklagt worden sei, dass die verschiedenen Gebäude der Universität, insbesondere der Campus und das Gebäude in der Bürgerstraße nicht in die bestehenden ÖPNV-Linien eingebunden seien. Die Verwaltung habe schon vor einem Jahr versprochen, dass dies untersucht werde. Der Antrag zielt darauf ab, diese Untersuchung nun durchzuführen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es bereits Kontakte der Verwaltung zur Universität gegeben habe. Es würden allerdings noch Unterlagen fehlen, die die Universität liefern müsse. Es müsse aber jedem klar sein, dass dies nicht zum Nulltarif zu haben sei.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde, weil er sinnvoll sei. Es wäre allerdings leichter gewesen, die bis 2005 bestehende Uni-Linie zu optimieren anstatt jetzt wieder eine neue zu etablieren. In der damaligen Diskussion habe man von der CDU nur gehört, dass man sich Geisterbusse nicht leisten könne.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem Antrag eine Initiative, die zu begrüßen sei. Dies habe auch einen ökologischen Aspekt, da dadurch der Individualverkehr in der Stadt gesenkt werde. Zudem erleichtere eine solche Buslinie auch das Studium. Es gehe natürlich darum, eine praktikable Lösung zu finden. Sinnvoll wäre es, wenn die Linie mit den Lehrveranstaltungen vertaktet werden könnte.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ebenfalls unterstütze, zumal diese Unilinie auch von der Studentenschaft gewünscht werde. Dies sei umso mehr zu begrüßen, da dadurch auch der Individualverkehr eingeschränkt werde.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass auch die FWG-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde.

Ratsmitglied Silbernagel sah in einem Pendelverkehr der Uni einen wohlwollenden Gedanken. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu und hoffe, dass ein positives Ergebnis rauskomme.

Ratsmitglied Schwarzmüller bat um Prüfung, wie teuer denn alternativ ein Fahrradverleih werden würde, wie es ihn schon einmal gegeben habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer verbesserten Anbindung der Universitätsstandorte im Stadtgebiet (insbesondere Fort-Campus und Bürgerstraße) an die bestehenden ÖPNV-Linien zu untersuchen. Dabei soll vor allem auch geprüft werden, wie durch Umschichtung vorhandener Mittel bzw. Umorganisation bestehender Routen die frühere Uni-Linie in verbesserter Taktung wieder eingerichtet werden kann.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Auswirkungen der Geothermieanlage

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt begründete den Antrag. Wie man der Presse habe entnehmen können, laufe die Geothermieanlage wieder mit verminderter Leistung. Die UBFL-Stadtratsfraktion wolle wissen, wie sich dieser verminderte Druck auf die Leistung der Anlage und auf die Erdbebengefahr auswirke. Zudem sei die Frage zu klären, wie sich der verminderte Betrieb auf den städtischen Haushalt für 2010 auswirke.

Der Vorsitzende betonte, dass die Verwaltung mit dieser Frage immer sehr offen umgegangen sei. Er habe schon mehrfach betont, dass es nach dem Vorliegen von Ergebnissen der Expertenkommission ein weiteres Bürgerforum geben werde. Der Probetrieb sei in großer Verantwortung zunächst bis Ende März 2010 genehmigt worden. Auch die Firma GeoX sei sehr offen und offensiv mit der Problematik umgegangen. Die Sicherheit der Bürger stand und stehe immer im Vordergrund. Wenn diese Nebenwirkung der seismischen Erschütterungen nicht in den Griff zu bekommen wäre, habe diese Geothermieanlage in Landau keine Zukunft.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte, dass es auch darum gehe neben den Bürgerforen auch die Ratsgremien zu beteiligen.

Der Vorsitzende machte nochmal deutlich, dass die Entscheidung über den Betrieb der Anlage letztlich bei der Firma GeoX liege. Natürlich könne die Anlage nicht gegen ein Votum des Rates weitergeführt werden. Die Verwaltung werde den Rat selbstverständlich in den Prozess einbinden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird den Stadtrat fortlaufend über die Entwicklungen zum Weiterbetrieb der Geothermieanlage informieren, insbesondere über die Ergebnisse der Expertenkommission.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhalt des städtischen Gebäudes Wollmesheimer Hauptstraße 9

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Das Gebäude Wollmesheimer Hauptstraße 9 diene den Belangen des Stadtdorfes. Man nehme den Wunsch des Ortsbeirates und der Bewohner ernst. Das Gebäude sei erhaltenswert. Eine Veräußerung des Gebäudes wäre gegen den Willen des Ortsbeirates und gegen den Willen des Stadtdorfes. Die UBFL wolle das Gebäude im städtischen Besitz halten. Klar sei, dass eine Sanierung notwendig sei. Dies könne man aber schrittweise machen. Vielleicht wären bei einer Sanierung ja auch Eigenleistungen der Bürger möglich.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Wollmesheim mit der Alten Schule, dem Ortsvorsteherbüro und dem Dorfgemeinschaftshaus drei öffentliche Gebäude habe. Man trenne sich immer dann von Objekten, wenn sie nicht mehr benötigt würden. Genau in diesem Abstimmungsprozess befinde man sich in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat. Dies sei immer schwierig, da hier auch Befindlichkeiten betroffen seien. Es gebe keinen Grund heute eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Zuerst sollte der Ortsbeirat sein Votum abgeben.

Ratsmitglied Doll sah die absolute Kompetenz in dieser Frage beim Ortsbeirat Wollmesheim. Nicht nur das Ortsvorsteherbüro sondern auch die leerstehenden Wohnungen seien stark sanierungsbedürftig. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei es durchaus sinnvoll, aus zwei Gebäuden eines zu machen und dies ordentlich und gut zu sanieren. Die finanziellen Mittel des GML reichten nicht aus, um beide Häuser zu be- und unterhalten.

Ratsmitglied Dr. Migl war einverstanden, heute nicht über den Antrag abzustimmen, sondern ihn an den Ortsbeirat Wollmesheim zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion wird bis zu einer Entscheidung des Ortsbeirates Wollmesheim zurückgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Kontamination des Geländes des Wohnparks Am Ebenberg

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Die UBFL habe die Initiative ergriffen, da es sich um ein heikles Gebiet handle. Es gehe um die Altlastenproblematik auf dem ehemaligen Kasernengelände Estienne Foche. Dies sei wichtig, da hier ja geplant sei sowohl eine Landesgartenschau durchzuführen als auch später dort Menschen anzusiedeln. Über diese Problematik sei vor einiger Zeit schon berichtet worden. Jedoch sei auch immer gesagt worden, dass noch weitere Untersuchungen notwendig seien. Im Bauausschuss sei nun beiläufig von neuesten Ergebnissen gesprochen worden. Die UBFL wolle wissen, welche zusätzlichen Kosten durch einen erhöhten Sanierungsbedarf auf die Stadt zukämen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es keinen Anlass für einen solchen Beschluss gebe. Es sei alles gutachterlich bis aufs feinste untersucht. Es sei alles auch im Bewerbungskonzept für die Landesgartenschau aufgeführt. Vor allem gebe es keinen Grund, irgend etwas zu dramatisieren. Es gebe auch keine Grundwasserproblematik. Im Finanzkonzept der Landesgartenschau seien 1,76 Millionen Euro für die Altlastensanierung eingestellt. Die Stadt sei hieran mit 20 % beteiligt. Dies sei alltägliches Alltagshandeln der Verwaltung. Er wundere sich, mit welchen Fragen sich der Rat befasse.

Ratsmitglied Dr. Migl entgegnete, dass der Antrag darauf ziele, dass der neue Stadtrat über die ganze Problematik informiert werde. Sie bitte darum, dass die Untersuchungsergebnisse schriftlich bekannt gemacht werden.

Der Vorsitzende machte noch mal deutlich, dass sich der Rat mit diesen Fragen nicht auseinander setzen müsse. Man werde allen gesetzlichen Normen Rechnung tragen.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

Herr Messemer gab noch weitere Erläuterungen zur Altlastenproblematik.

Der Vorsitzende bot an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege noch mal ausführlich zu informieren. Der Antrag könnte dorthin verwiesen werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Konzepts zur Vermeidung von Heimeinweisungen von Kindern und Jugendlichen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Der Antrag ziele darauf, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Thema Vermeidung von Heimeinweisungen befasse. Es würde immer wieder gesagt, dass diese Heimeinweisungen als letztes Mittel hohe Kosten verursachen würden. Solche Maßnahmen seien nicht nur ein erheblicher Eingriff in die familiären Strukturen, sondern würden oftmals auch nicht den Erfolg bringen den man sich erhoffe. Man müsse nun in den städtischen Gremien überlegen, was man prophylaktisch und präventiv tun könne, damit Jugendliche gar nicht erst in eine solche Lage kämen. Hier müsse dringend ein Konzept her.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent entgegnete, dass sich der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 25. November 2009 mit dieser Frage befasst habe. Die Frage der Heimeinweisungen sei bundesgesetzlich geregelt. Heimeinweisungen seien ein scharfes Schwert, also immer die Ultima ratio. Gerade weil dies so sei, würden 41 Jugendämter in Rheinland-Pfalz intensiv zusammenarbeiten. Hier gehe es auch darum, konzeptionell präventive Maßnahmen aufzubauen. Landau liege mit 31 Fällen konstant unter dem Landesdurchschnitt. Dies sei auch auf die präventiven Maßnahmen in unserer Stadt zurückzuführen. Er nenne hier nur den Elternbesuchsdienst, die Schulsozialarbeit und den Jugendscout. Er sehe daher keinerlei Handlungsbedarf im Sinne des Antrages von Frau Dr. Migl.

Ratsmitglied Schröer unterstützte die Ausführungen von Herrn Hirsch. Vor einer Heimeinweisung gebe es immer ein breites Spektrum an Hilfen. Das Thema sei zwar im großen und ganzen ausgereizt, dennoch könne man den Antrag in den Jugendhilfeausschuss verweisen.

Ratsmitglied Schwarzmüller fand, dass eigentlich genug Hilfe da sei. Von Seiten des Jugendamtes passiere sehr viel.

Ratsmitglied Dr. Wissing sagte, die heutigen Anträge der UBFL seien alles Anträge zu laufenden Dingen die vollkommen in Ordnung seien. Sie habe den Eindruck, es handle sich hier um eine Beschäftigungstherapie der Frau Dr. Migl.

Der Vorsitzende unterstrich nochmals, dass man sowohl aus pädagogischen als auch aus finanziellen Gründen großes Interesse habe, Heimeinweisungen zu vermeiden.

Ratsmitglied Vogler fand die Angebote des Jugendamtes ebenfalls hervorragend, so dass man hier nicht noch mal grundsätzlich diskutieren müsse.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass es ja nicht darum gehe, das Rad neu zu erfinden. Man könne doch aber immer noch besser werden. Es gebe sehr wohl neue Erkenntnisse über Fallmanagement und Krisenmanagement, über die man im Jugendhilfeausschuss auf jeden Fall noch mal reden sollte.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 2 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, in den zuständigen städtischen Gremien ein Konzept zur Vermeidung von Heimeinweisungen von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten, wird abgelehnt.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Installation von Sonnenkollektoren auf städtischen Gebäuden

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt begründete den Antrag. Aus energiepolitischen und finanziellen Gründen könne es für die Stadt sinnvoll sein, solche Sonnenkollektoren auf städtischen Gebäuden zu installieren. Er wolle den Antrag dahingehend erweitern, auch die Installation von Fassadenkollektoren zu prüfen.

Ratsmitglied Volkhardt wies darauf hin, dass man in der letzten Sitzung bereits einen Antrag der FWG zu diesem Thema positiv beraten habe. Folglich müsse man heute darüber nicht mehr reden.

Herr Götz erläuterte, dass die hierfür geeigneten städtischen Dachflächen bekannt seien. Der Contractor prüfe derzeit die statische Eignung dieser Dächer. Man sei weiterhin auf der Suche, habe aber derzeit nur minderwertige Dachflächen, die für die Installation von Sonnenkollektoren nicht passen.

Ratsmitglied Freiermuth ergänzte, dass es auf dem Dach der Berufsbildenden Schule schon seit Jahren eine Photovoltaikanlage gebe.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in den Werksausschuss GML zu verweisen und dort weiter zu informieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion wird in den Werksausschuss GML verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

**Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Beauftragung einer externen
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 8. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Leydecker erklärte, dass die FWG-Fraktion den Antrag zurückziehe, da er sich nach den Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss am 10. Dezember erledigt habe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Dorfentwicklung

Es wird auf die Protokollierung zu den Tagesordnungspunkten 11.1 und 11.2 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Dorfentwicklungsplänen für die Stadtteile

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Der Antrag habe eine gewisse Langzeitwirkung. Insofern sei der Kompromiss im SPD-Antrag etwas halbherzig. Die Stadtteile sollten sich eben nicht mit punktuellen Sanierungsbereichen oder Baulückenkataster zufrieden geben. Es gehe vielmehr um globale Bestandsaufnahmen. Planerisch und konzeptionell seien beispielsweise die Neugestaltung von Ortsmitten als Initialzündung für weitere Maßnahmen, die Aufwertung von Straßen- und Platzräumen, innerörtliche Verkehrsentlastungen durch Leit- und Orientierungssysteme sowie die geordnete Nachverdichtung durch Bauen in zweiter und dritter Reihe zu erarbeiten. Dies ganze in Form eines Gesamtkonzeptes für alle Stadtteile. Damit könne man die gewachsenen Ortskerne erhalten und zudem touristische Anreize schaffen. Es gebe hierfür Bund und Länder-Förderprogramme, die man nun nach Fördermöglichkeiten ausloten müsse. Nach Auskunft des Innenministeriums würden Maßnahmen der Dorferneuerung in Stadtteilen aus Mitteln des Investitionsstocks gefördert werden. Man sollte versuchen, die Universität dafür zu gewinnen und dann geringe Mittel in den Nachtragshaushalt einstellen, um diesen Haushalt nicht noch zusätzlich zu belasten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Beratungsgrundlage beschlossen und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflge verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11.2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Impulse für die Dorfentwicklung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag. Man sei sich in der Sache mit der CDU einig, dass es darum gehe, die Ortsteile attraktiver zu gestalten. Es gebe aber durchaus einen Wertungswiderspruch. Seiner Meinung nach bringe es nichts, den Ortsteilen etwas vorzugaukeln was dann nicht zu erfüllen sei. Grundsätzlich wäre es natürlich wünschenswert, wenn die Ortsteile die gleiche Förderung erfahren würden wie kreisangehörige Dörfer. Da dies aber nicht so sei, sollte man erst einmal das machen, was leicht und schnell zu realisieren sei. Mit dem Baulückenkataster gehe es nicht darum, die ohnehin schon als Baulücken qualifizierten Flächen zu erfassen, sondern auch Hinterliegergrundstücke und Außenbereich und Innenbereich zu identifizieren, um daraus durch planerische Ansätze Bauland machen zu können. Hierfür sollte man die Gestaltungselemente, die der § 13 a BauGB biete, nutzen. Dies sei bisher in der Stadt Landau nicht geschehen.

In den letzten 20 Jahren habe es in Landau nur ein Sanierungsgebiet gegeben, nämlich in Godramstein. Natürlich wäre es ein leichtes in jedem Stadtteil ein Sanierungsgebiet zu finden. Dies wäre ein ambitioniertes Ziel, das auch leicht umzusetzen wäre. Dorfentwicklungspläne seien schön und gut, aber die Zeit der Dorfentwicklungskonzepte im klassischen Sinne sei vorbei. Wenn man Konsens habe, könne man die beiden Anträge zusammenfassen und beides machen.

Ratsmitglied Eichhorn war damit einverstanden. Er bitte aber darum, dann die Planung vom großen ins kleine zu machen.

Der Vorsitzende erklärte, dass man sich ja einig sei, dass die Stadtdörfer weiter entwickelt werden müssten. Mit Blick auf die demographische Entwicklung gehe es darum, die Stadtteile zu stärken und darauf zu achten, dass nicht die Ortskerne aussterben. Er schlage vor, beide Anträge in den Bauausschuss zu verweisen. Im Tenor könne man die Anträge so beschließen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird als Beratungsgrundlage beschlossen und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Stadt Landau in der Pfalz, Neukonzessionierung Wasser

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 28. Juli 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Die Wasserversorgung sei eine städtische Aufgabe, die von der Energie Südwest hervorragend wahrgenommen werde. Der Wasserpreis liege momentan 1,30 € pro qm³. Er sehe keinen Grund, der Energie Südwest die Aufgabe nicht mehr zu geben. Mit der Vorlage heute gehe es lediglich darum, bekannt zu machen dass der Konzessionsvertrag 2012 ende.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass auslaufende Verträge die Möglichkeit bieten, über Alternativen nachzudenken. Sie finde es eine unnötig frühe Festlegung, dass die Wasserversorgung an private Dritte übertragen werde. Man habe ja schon die Überlegung in den Ausschüssen eingebracht, ob nicht die EWL die Aufgabe der Wasserversorgung mit übernehmen könnte.

Ratsmitglied Kautzmann beantragte zur Geschäftsordnung, dass über die Vorlage abgestimmt wird.

Diesem Geschäftsordnungsantrag stimmte der Stadtrat ohne Gegenrede mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen zu.

Ratsmitglied Dr. Migl, bat darum über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. die Wasserversorgung der Stadt Landau auch künftig einem privaten Dritten zu übertragen,**

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 2. das Ende des laufenden Konzessionsvertrages mit der ESW AG im Bundesanzeiger noch in diesem Jahr bekannt zu geben.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2013, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Striefflerstiftung

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 16. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Der Kabarettist Werner Fink habe einmal gesagt: „Der Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will“. Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2010 seien denkbar schlecht. Im Jahr 2008 hätten alle rheinland-pfälzischen Kommunen zusammen 3,7 Milliarden Euro Kassenkredite gehabt. Es sei oft genug darüber gesprochen worden, dass Bund und Land Gesetze beschließen zulasten der Kommunen. Landau sei eine Stadt mit erheblichen Potenzialen. Am Ergebnishaushalt sehe man, dass man sich nicht an den eigenen Haaren aus dem Schlamassel herausziehen könne. Er könne sich der Aussage des Bischofs von Speyer anschließen, der angesichts der kirchlichen Finanzlage gesagt habe, er habe keinen Zauberhut auf. Man schaffe zwar in Landau manches Kunststück, die Realität sei aber kein Märchen das einen Goldesel kenne. Man habe in Landau eine Bilanzsumme von 517 Millionen Euro und ein Eigenkapital von 232 Millionen Euro. Im Ergebnishaushalt stünden Erträgen von 90,2 Millionen Euro Aufwendungen von 113,9 Millionen Euro gegenüber. Dies ergebe einen Fehlbetrag von 23,7 Millionen Euro. Dies bedeute, dass das Eigenkapital der Stadt noch bis zum Jahr 2017 reiche, dann sei es aufgebraucht. In den wenigen Monaten seit dem Nachtragshaushalt habe es eine weitere Verschlechterung von 3,2 Millionen Euro gegeben. Gründe hierfür seien Mehrkosten für die Betreuung in Kindertagesstätten von 1,1 Millionen Euro, sowie ein Minus von 1,1 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer und von 1,4 Millionen Euro bei der Einkommensteuer. Diese Steuerausfälle seien ausschließlich der Wirtschaftskrise geschuldet, deren Ende noch nicht absehbar sei. Die Frage sei, wo man gegensteuern könne. Hier habe die Aufsichtsbehörde ganz klar angeordnet, dass man die Zweitwohnungssteuer einführen müsse. Dies sei eine Steuer, die den Zweck habe, gar nicht erhoben zu werden. Über die Schlüsselzuweisungen von 400 Euro je Einwohner erhalte man mehr als über die Erhebung der Steuer. Der Auseinandersetzung der beiden großen Fraktionen zur Zweitwohnungssteuer könne man schon lyrische Qualitäten zubilligen. Diese Steuer sei nicht sein „Baby“, er werde dafür keine Vaterschaftsklage erheben. An dieser Steuer seien mehrere beteiligt gewesen.

Die wirklichen Sorgen des Haushalts seien aber nach wie vor die Aufwendungen im Bereich Jugend und Soziales. Mit 44,6 Millionen Euro seien dies 50 % der gesamten Erträge. Im Sozialamt bringe man für 380 Menschen 9,5 Millionen Euro an Eingliederungshilfe auf. Hinzu kämen 4,6 Millionen Euro für Kosten der Unterkunft und 2,7 Millionen Euro an Hilfe zur Pflege. Dies seien Gelder, die die Bevölkerung nicht wahrnehme, die aber notwendig seien um die sozialen Standards zu erhalten. Hierzu zählten auch die Aufwendungen des Jugendamtes von 5 Millionen Euro an Hilfen zur Erziehung, 10,8 Millionen Euro an Zuwendung für die Kindertagesstätten und 920.000 Euro an Hilfen für junge Volljährige. Man habe hier keine wirkliche Steuerungschance. Im Vergleich hierzu müsse man die freiwilligen Leistungen für den Zoo, die Bücherei, die Museen, für die Volkshochschule und für die Kultur sehen. Mit 4,3 Millionen Euro seien dies weniger als 4 % der Gesamtaufwendungen. Daran wolle und könne man nicht rütteln. Dies würde die Probleme auch nicht lösen. Wenn man diese 4,3 Millionen Euro streiche, hätte man immer noch 20 Millionen Euro Defizit.

Im Finanzhaushalt werde man 2010 wieder 15 Millionen Euro investieren. Damit sei die Stadt ein großer Wirtschaftsfaktor in Landau. Diese Investitionen stärkten die regionale Wirtschaft. Alle diese Investitionen seien notwendig.

Die Kreditvorgabe der Aufsichtsbehörde liege bei 4 Millionen Euro. Angesichts von Bedarfsanmeldungen der einzelnen Ämter in Höhe von 10 Millionen Euro habe man 6 Millionen Euro streichen bzw. strecken müssen. Die Verwaltung lege hier einen genehmigungspflichtigen Haushalt vor. In den Beratungen habe man unterschieden nach dringend notwendigen, notwendigen und wünschenswerten Maßnahmen. Die wünschenswerten Maßnahmen



seien überhaupt nicht umsetzbar. Selbst bei den notwendigen Maßnahmen habe man strecken müssen. Die Prioritäten seien so verschoben worden, dass man einen verantwortbaren und zukunftsgerichteten Haushalt vorlegen könne. Es mache dann aber keine Freude, wenn man sehe, dass die Fraktionen sich zu Anträgen im freiwilligen Bereich ermutigt fühlen und damit noch auf den Haushalt draufsatteln. Dies gelte sowohl für die 20.000 Euro für die Schneiderstraße wie auch für die weiteren Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für die Stadtteile. Es könne aber keine Privilegierung der Stadtteile geben. Auf Straßen fahren nun mal Autos, dies lasse sich auch nicht verändern. Damit sei man auch Wirtschaftsmittelpunkt der Südpfalz. In einer ländlichen Gegend sei das Auto notwendig um die Mobilität zu erhalten. Wenn man mit Anträgen gegenüber der Verwaltung so weiter mache, werde man eben dann alle Mittelanmeldungen vorlegen und den Rat streichen lassen. Die beantragte Finanzplanung sei Teil der Haushaltsberatungen gewesen, da schon hier deutlich geworden sei, welche Bugwelle man vor sich her schiebe. Er habe kein Problem damit, die Finanzplanung bis 2015 auszudehnen. Dies bringe aber nur dann was, wenn sich Rat und Verwaltung dann eine strenge Haushaltsdisziplin auferlegen. Der Kreditbedarf belaufe sich auf 4,1 Millionen Euro, davon entfielen 2,66 Millionen auf das GML und 1,43 Millionen Euro auf den Kernhaushalt. Es seien bei den Investitionen deutliche Schwerpunkte gebildet worden. Allein 5,8 Millionen Euro investiere man in die Schulen, wenn man den Unterhalt hinzurechne seien es sogar 6,5 Millionen Euro. Schwerpunkte seien hierbei die Berufsbildende Schule mit 2,1 Millionen Euro, die Grundschule Wollmesheimer Höhe mit 1,1 Millionen Euro und die Schule im Fort 643.000 Euro. Diese Investitionen seien wichtig für den Wirtschaftsstandort und den Bildungsstandort Landau. Den Bildungsstandort werde man im Jahr 2010 fortentwickeln mit der Bildung der Integrierten Gesamtschule. Weitere Ausgaben gebe es für Kinder und Jugendliche mit insgesamt 1,05 Millionen Euro, davon 550.000 Euro für das Haus der Jugend und 435.000 Euro für die Kindertagesstätten. Für den Sport gebe man 480.000 Euro aus, für den Brandschutz 180.000 Euro. In die Stadtentwicklung und die Konversion flössen 733.000 Euro. Hinzu kämen Infrastrukturmaßnahmen für die Straßen in Höhe von 4 Millionen Euro. Man setze deutliche Zeichen in unsere Stadt und dürfe nicht stillstehen. Bestes Beispiel hierfür sei der Obertorplatz. Mit öffentlichen Investitionen könne man die privaten Investitionen ankurbeln. Stillstand sei nicht zukunftsfähig, man könne es sich nicht leisten still zu stehen. Dann werde man abgehängt, da andere nicht schlafen. Deshalb werde man im nächsten Jahr mit den Maßnahmen am Untertorplatz und in der Ostbahnstraße beginnen. Nicht alles könne aber in 2010 gemacht werden. Warten müsse beispielsweise noch der Heinrich-Heine-Platz, für die Rundsporthalle seien nur Planungsleistungen eingestellt. Auch der Fleischereibereich an der Berufsbildenden Schule müsse noch bis 2013 warten. Landau stehe insgesamt gut da in der Metropolregion Rhein-Neckar und zähle zusammen mit Speyer zu den Gewinnerstädten. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen halte man auch im nächsten Jahr Kurs. Landau sei eine Stadt mit Visionen und Realitätsbezug. Er verweise hier auf die Bewerbung um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014. Landau sei eine Stadt, die sich ihrer Stärken mit der Universität bewusst sei, eine Stadt die attraktiv sei. Attraktiv bleibe man, wenn sich alle Akteure, also der Stadtrat, die Verwaltung, die Wirtschaft und auch die Eigentümer von Innenstadtgrundstücken ihrer Verantwortung bewusst seien. Dies alles sei möglich durch ein hohes Maß an Bürgerengagement im Sport, im sozialen Bereich und in kulturellen Initiativen. Er danke der Bürgerschaft und dem Rat für ihr Engagement. Sein Dank gelte auch der Verwaltung und den Kollegen im Stadtvorstand. Es helfe nichts, die Situation nur zu beklagen. Die Stadt sei nur so gut wie ihre Bürgerschaft. Man könne mit Optimismus die Aufgaben gemeinsam lösen. Landau werde in diesem Sinne auch 2010 wieder mehrere Schritte nach vorne machen.

Ratsmitglied Dr. Kopf bezeichnete die Lage als ernst, aber nicht hoffnungslos. Man habe zweifellos eine ernste Finanzmisere. Hoffnungsvoll stimme ihn, dass es im Bezug auf die Haushaltsberatungen eine neue Beratungskultur gebe. Er begrüße es sehr, wie umfangreich und kompetent die Verwaltung die Haushaltsberatungen vorbereitet und begleitet habe. Gerade die Haushaltsberatungen ließen Ehrenamtliche immer wieder an Grenzen stoßen. Die Beratungen seien hart, aber von großer Kollegialität der Fraktionen geprägt gewesen. Nun werde dieses wieder getrübt durch die Wundertüte der CDU, die nun am Ende der Haushaltsberatungen auf den Tisch gelegt werde. Die SPD-Fraktion habe sich in den Beratungen darauf beschränkt, wichtige Projekte voranzutreiben. Was man nicht erreichen können sei die Verbindungsstraße zwischen Mörzheim und Impflingen. Er habe schon sehr



früh angekündigt, dass die SPD nur einen Antrag zur Schneiderstraße stellen werde. Die SPD habe Akzente in den internen Beratungen setzen können. Wiederum habe man eine hohe Priorität für Investitionen in die Schulen setzen können. Aus Sicht der SPD-Fraktion gebe es eine wesentliche Weichenstellung durch die Einführung der Integrierten Gesamtschule. Dies spiegele sich auch im Haushalt wider. Möglich sei dies durch die Bereitschaft des Schulzentrums Ost, in die Schule im Fort umzuziehen. Wichtig sei es der SPD auch, dass nach der Generalsanierung zweier Gymnasien nunmehr auch das Schulzentrum Ost und die Berufsbildende Schule angegangen würden. Man müsse aber auch ehrlich sagen, dass ohne das Konjunkturprogramm II die Sanierung der BBS so nicht möglich wäre. Nun müsse man darauf achten, dass auch das Eduard-Spranger-Gymnasium nicht abgehängt werde. Problematisch sei, dass man eine Bugwelle vor sich her schiebe und sich die Schulsanierungen in den kommenden Jahren verlangsamen würden. Trotzdem sei es wichtig, auch die Grundschulen zu sanieren. Im Haushalt seien die richtigen Weichenstellungen hinsichtlich der Kinderbetreuungen ablesbar. Es sei ein Markenzeichen sozialdemokratischer Familienpolitik, die Frage der Kinderbetreuung als integrierten Ansatz zu sehen. Familienpolitik sei ein wichtiger Baustein kommunaler Wirtschaftspolitik und kein „Gedöns“.

Akzente setze der Haushalt auch in der Stadtentwicklung. Ein wichtiges Zukunftsprojekt sei hier die Landesgartenschau 2014. Diese werde sicher viele Impulse für die Stadtentwicklung bringen. Flankierende Maßnahmen im Zuge der Landesgartenschau werde es im Bereich des ÖPNV mit einem verbesserten Busangebot, einem neuen Bahnhofpunkt am Vinzentius-Krankenhaus und Mitteln für die Sanierung des Hauptbahnhofes geben.

In den Ortsteilen stünden wichtige Straßensanierungen an, die mit den Mitteln aus den wiederkehrenden Beiträgen ermöglicht würden.

Der SPD-Fraktion sei es auch wichtig, dass die sogenannten weichen Standortfaktoren, wie beispielsweise der Zoo, erhalten blieben. Hier komme endlich die neue Zoogaststätte, die auch kein Selbstläufer gewesen sei.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Morio sprach von einem traurigen Jubiläum, das man heute begehe. Seit 1991 lege die Verwaltung ununterbrochen einen nicht ausgeglichenen Haushalt vor. Dies sei also heute der 20. nichtausgeglichene Haushalt in Folge. Ein Grund zum jubelieren sei dies sicherlich nicht, aber auch kein Grund zum resignieren. Die Schieflage des städtischen Haushalts habe ihre Ursache in der strukturellen Schieflage der kommunalen Finanzen insgesamt. Die Finanznot zwingt zur Aufgabenkritik und zur Leistungsreduzierung. Landau habe hier seine Hausaufgaben gemacht. Man habe die freiwilligen Leistungen auf ein Maß zurückgefahren, dass man nicht mehr unterschreiten könne. Insgesamt seien es noch 4,3 Millionen Euro jährlich. Noch weniger an freiwilligen Leistungen gehe nicht, ohne dass die Stadt das verlieren würde, was ihren Reiz ausmache und sie lebenswert mache. Gleichzeitig gebe es unbegrenzt steigende Ausgaben gerade im Bereich Soziales und Jugend. Ausgaben, die von den Kommunen weder in der Höhe noch dem Grunde nach beeinflussbar seien. Bund und Länder würden ständig neue Ausgaben produzieren, ohne den Kommunen die nötigen Mittel zu geben. Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip werde so ad absurdum geführt. Man habe bei den Haushaltsberatungen die Kreditvorgabe der ADD von maximal 4 Millionen Euro stets im Blick gehabt. Diese Kreditvorgabe habe man erreicht. Dies habe man erreicht, weil man viele Investitionen ins Jahr 2011 geschoben habe. Die Folge sei, dass die Finanzplanung für 2011 bereits mit einem Kreditvolumen von 10 Millionen Euro belastet sei. Beherrschendes Thema sei in diesem Jahr vielmehr der Eigenkapitalverzehr gewesen. Die Eröffnungsbilanz weise zum Stichtag 1. Januar 2008 ein Eigenkapital von 232 Millionen Euro auf. Am Ende diesen Jahres werde das Eigenkapital nur noch rund 172 Millionen Euro betragen. Bei diesem Verlauf sei das Eigenkapital im Jahre 2017 aufgebraucht. Welche Folgen dies dann für die Stadt habe, könne noch niemand beantworten. Man sollte den Fokus vielmehr auf die Kassenkredite richten. Im Moment stehe man hier mit rund 60 Millionen Euro in der Kreide, monatlich sei hier ein Anstieg von 1,3 Millionen Euro zu verzeichnen. Die Frage sei, wie man diese Schulden jemals zurückführen könne. Es gebe eine Reihe von Fragen auf die man eine Antwort benötige, dies auch im Hinblick auf die mögliche Ausrichtung der Landesgartenschau 2014. Hierfür benötige man eine mittelfristige Finanzplanung mindestens bis zum Jahr 2015.



Das größte Investitionspaket habe man wieder für die Schulen geschnürt. Seit dem Beschluss des Stadtrates vor 10 Jahren, die Landauer Schulen nach und nach zu sanieren, sei vieles angestoßen worden. Der damalige Zeitplan habe sich durch viele Faktoren derart verändert, dass aus Sicht der CDU-Fraktion ein neuer, aktualisierter Zeitplan nötig sei. Auch 2010 investiere man in die Innenstadtentwicklung. Jeder wisse, dass die Innenstadt noch attraktiver werden müsse. Ein großes Ärgernis sei die Begehbarkeit des Pflasters in der Fußgängerzone. Hier müssten sukzessive Verbesserungen erzielt werden.

Nicht nur die Anwohner der Schneiderstraße in Queichheim würden Verkehrsbelastungen beklagen. In fast allen Prioritätenlisten der Stadtteile seien Verkehrsberuhigungsmaßnahmen enthalten. Bevor man hier aber nur Stückwerk mache, sollte das Bauamt ein Konzept für die Gesamtstadt einschließlich der Stadtteile entwerfen. Von allen Anträgen der CDU sei dies der einzige, für den zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssten. Von daher habe man hier auch keine Wundertüte geöffnet, wie die SPD zu vermitteln versuche. Die Haupteinnahmen der Stadt bestünden aus den Anteilen an Bundessteuern und an den Landeszuweisungen. Beides könne man nicht beeinflussen. Steuernd eingreifen könne man nur bei den kommunalen Steuern. Die Argumente für die Einführung der Zweitwohnungssteuer hätten sich gegenüber 2005 nicht geändert. Mittlerweile habe sich durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Rechtssicherheit stabilisiert. Zudem fordere die ADD nachdrücklich die Wiedereinführung der Zweitwohnungssteuer und mache die Genehmigung des Haushalts hiervon abhängig. Der Handlungsspielraum sei daher nicht sehr groß. Die von der SPD ins Gespräch gebrachte Ummeldeprämie als Alternative sei zum einen im Rat nicht mehrheitsfähig und werde auch von der ADD nicht genehmigt. Daher sollte sich die SPD von der Ummeldeprämie endlich verabschieden. Stattdessen sollte sich man auf ein Bonusscheckheft verständigen.

Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Einführung der Doppik seit 2004 die Verwaltung beschäftige. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe mittlerweile der Eröffnungsbilanz zugestimmt. Nun wisse man genau, wie lange man mit dem Eigenkapital noch haushalten könne. In 7 Jahren sei das Eigenkapital verbraucht, ein Betrieb müsste dann Konkurs anmelden. In der Folge könnte die Stadt dann von der Aufsichtsbehörde kommissarisch verwaltet werden. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob man überhaupt noch Gestaltungsmöglichkeiten habe. Zwar dürfe man nicht Ergebnisse mit Haushaltsansätzen vergleichen. Aber es sei meist so, dass höhere Veranschlagungen auch höhere Schulden nach sich ziehen. Bei den Einnahmen habe man alleine 2,5 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung belaste die Kommunen durch wegbrechende Steuereinnahmen noch zusätzlich.

Die veranschlagten 5,6 Millionen Euro Investitionskosten für die Landesgartenschau seien aus bilanztechnischer Sicht vertretbar. Über den Durchführungshaushalt mit all seinen Risiken lasse sich hingegen trefflich streiten. Hier hänge das kalkulierte Defizit doch stark vom Erfolg der Veranstaltung ab. Würdigen müsse man hier aber den Nutzen der neuen Infrastruktur für den Bürger. Dies gelte auch für den Umbau der Ostbahnstraße zum Boulevard und die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Auch wenn jede Investition einen Gegenwert nach sich ziehe, so müssten doch zunächst einmal Darlehen aufgenommen werden. So habe sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zu 2008 um das elffache erhöht. Man sitze auf einem Pulverfass, ein „Weiter so“ könne es nicht mehr geben.

Die energetischen Sanierungsmaßnahmen an den Schulen würden aufgrund der Kostenersparnis beim Wärmebedarf nachhaltig wirken. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, da solche Investitionen in erneuerbare Energien längst überfällig seien. Die Stadt mache sich die Problematik der Energiekosten nicht bewusst. Trotz vorgegebener Kontenpläne könnte man die Bewirtschaftungskosten konkretisieren und transparenter machen. Daher habe man heute diesen Antrag gestellt, sowohl im städtischen Haushalt, als auch in den Wirtschaftsplänen von GML, EWL und Stadtholding die anfallenden Energiekosten explizit auszuweisen. Statt für viel Geld gasfressende Einzelöfen in städtischen Wohnungen einzubauen hätte man mit verschiedenen Energieanbietern Heimkraftwerke einbauen können. An diesem Beispiel zeige sich, dass man durchaus noch gewinnbringende Gestaltungsmöglichkeiten habe, wenn man konsequent auf erneuerbare Energien setze.

Angesichts der hohen strukturell bedingten Aufwendungen für die Schulen, Kindergärten und die soziale Sicherung stelle sich auch die Frage nach der Kreisfreiheit der Stadt Landau. Die Fraktion



Bündnis 90/Die Grünen bitte daher die Verwaltung im Sinne des bereits vor einigen Jahren gestellten Antrages alle Vorbereitungen zu treffen, um bei der ADD die Aufgabe der Kreisfreiheit zu beantragen. Bis dahin sollte zunächst einmal ein gemeinsamer Schulträgerausschuss eingerichtet und ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan mit dem Kreis erstellt werden.

In Vorbereitung dieser Ratssitzung sei ein Feuerwerk an Anträgen für den Haushalt 2010 niedergegangen. Sie bitte die anderen Fraktionen darum, sich an die Vereinbarung zu halten, keine kostenrelevanten Anträge zu stellen. Darüber hinaus mache sie den Vorschlag, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, die den Haushalt 2010 gemeinsam mit der Verwaltung nach weiteren Einsparpotenzialen überprüfe.

Sie beantrage weiter, das in der Doppik wesentliche Instrument der Zielvereinbarung zu nutzen und mit genauen Produktbeschreibungen die nötige Transparenz herzustellen. Gerade im Bereich Jugend und Soziales müssten die Produktbeschreibungen überarbeitet werden.

Man begrüße und unterstütze viele Maßnahmen im Haushalt 2010. Gerade wegen der einseitigen Strapazierung des Haushaltes mit großen Investitionen, wollten die Grünen ein deutliches Zeichen für erneuerbare Energien. Dieses Zeichen fehle.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde daher dem Haushalt nicht zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass der originäre Fehlbetrag unaufhörlich ansteige. Aktuell seien es 24 Millionen Euro, also 66.000 Euro täglich. Es gehe also weiter aufwärts mit den Schulden und er sehe keine Ansätze wie dies gestoppt werden könne. Auch in den kommenden Jahren werde sich daran nichts ändern, da man schon 6 Millionen Euro in den Haushalt 2011 geschoben habe. Man sei hier aber in guter Gesellschaft, denn auch das Land Rheinland-Pfalz weise den schlechtesten Haushalt aller 16 Bundesländer aus. Die Kommunen seien in der Kreditspirale gefangen, die sich immer mehr nach oben bewege. Ursachen hierfür seien in Landau der fast unaufhörliche Anstieg der Ausgaben für Jugend und Soziales und die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen. Der Ansatz, die Haushaltslage durch Erhöhung der Einnahmen und Kürzung der Ausgaben zu verbessern sei logisch, aber nicht neu. Er begrüße es, dass beispielsweise keine Kosten für das neue Unterrichtsfach Naturwissenschaften eingestellt worden sei.

Die Ausgaben für Jugend und Soziales wiesen ein Rekordhoch aus. Man müsse den Willen und den Mut haben, dieser Kostenexplosion Einhalt zu gebieten. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass der städtische Haushalt in absehbarer Zeit nur noch aus Ausgaben für Soziales bestehe. Man habe mit der ersten Kindertagesstätte in kommunaler Regie ein Zeichen gesetzt, das er ausdrücklich begrüße. Die Verschiebung der Maßnahme Untertorplatz finde seine Zustimmung, da der Untertorplatz für die FWG keine Priorität habe. Beim Obertorplatz hoffe er, dass die Umgestaltung sich positiv auf die Geschäftswelt in der Oberen Marktstraße auswirke.

Zugestimmt habe man, den Zuschuss an den ASV Landau zur Umwandlung des Hartplatzes in einen Kunstrasenplatz auf das nächste Jahr zu verschieben. Der ASV sollte zunächst seine internen Hausaufgaben machen. Sollte die Umwandlung des Jahnsporplatzes in einen Kunstrasenplatz nicht zustande kommen, sollte man die Mittel für einen Kunstrasenplatz in Godramstein verwenden. Die Rundsporthalle werde wohl nicht mehr saniert sondern abgerissen, dies mache Sinn.

Im Sinne der früheren Absprache gingen die Schulsanierungen weiter. Dies sei ausdrücklich zu begrüßen. Die Schulen hätten für die FWG höchste Priorität, auch wenn man mit der einen oder anderen Verschiebung rechnen müsse. Begrüßenswert sei auch die Sanierung des Hauses der Jugend. Der Stellenplan weise eine Mehrung von einer halben Stelle aus, nachdem es im Vorjahr noch 7 Stellen gewesen seien. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die Erstellung eines Personalentwicklungsplanes, der bereits früher vom Rat beantragt worden sei.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan sei versucht worden, die Stadt weiterzuentwickeln. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Silbernagel äußerte seine Sorge, dass eine junge Generation heranwachse, die von allem den Preis und von nichts den Wert kenne. Das Haushaltsdefizit einer Stadt wie Landau werde immer dramatischer und der finanzielle Spielraum immer enger. Bei den Haushaltsberatungen im Ältestenrat sei sehr deutlich geworden, dass die Stadt Landau finanziell aus dem letzten Loch pfeife. Ein Konzert der wünschenswerten Ausgaben sei nicht mehr möglich. Die notwendigen Pflichtausgaben würden den politischen Handlungsspielraum erdrücken. Er halte das Instrumentarium der Gewerbesteuer als



kommunale Einnahmequelle für nicht mehr zeitgemäß, da sie zu sehr von der wirtschaftlichen Lage der Betriebe abhängt. Daher sei eine bundesweite Finanzreform unumgänglich.

Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten sei ein Streich- und Schiebeszenario nötig gewesen. Man habe sich auf ein Konzept einigen können. Sicherlich seien noch viele wünschenswert gewesen, aber der Haushalt habe dies nicht mehr hergegeben. Für die FDP sei es wichtig, dass die Schulsanierungen, allen voran die Berufsbildende Schule, im Haushalt berücksichtigt worden seien. Dies gelte auch für den Sozialen Bereich wie die Kindertagesstätten, das Haus der Jugend und die Spielplätze. Auch die freiwilligen Leistungen, die die Stadt lebenswert machen, hätten Berücksichtigung gefunden. Allen voran sei hier der Zoo mit einer neuen Zoogaststätte zu nennen. Wenn bei den Beratungen das sparen, streichen und schieben von Haushaltspositionen abverlangt worden sei, dann sollte man im Nachhinein keine zusätzlichen Anträge mit haushaltswirksamen Ausgaben stellen. Die FDP habe sich an diesen Grundsatz gehalten und keine Echternacher Springprozession veranstaltet. Es sei daher nur konsequent, dass die FDP keinem Antrag mit haushaltsrelevanten Ausgaben zustimmen werde.

Wiederaufgelebt sei das Thema Zweitwohnsitzsteuer, dass die FDP eigentlich schon als erledigt betrachtet hatte. Die ADD habe diese über die Verwaltung wieder ins Spiel gebracht. Die Zweitwohnsitzsteuer werde als Druckmittel für die Anmeldung eines Erstwohnsitzes benutzt. Betroffene seien in erster Linie Studenten und Berufspendler. Für die FDP sei dies nach wie vor nicht der richtige Weg. Durch erhöhten Verwaltungsaufwand, zusätzlichem Personal, Ausnahmeregelungen und einem Begrüßungsscheckheft würden noch zusätzliche Kosten entstehen. Dabei gebe es eine Bürgerpflicht seinen Wohnsitz dort anzumelden, wo man sich hauptsächlich aufhalte. Die FDP fordere, auf die Erhebung zu verzichten und stattdessen einen dauerhaften Dialog mit der Universität und den Studierenden zu führen.

Es sei bedenklich, wenn das GML zum Ausgleich des Wirtschaftsplanes bereits in die Rücklage greifen müsse. Neben den großen Investitionen in Schulen, Sportanlagen und öffentlichen Gebäuden sei auch ein Investitionsstau bei den städtischen Wohnungen zu erkennen. Der Wärmeschutz, die Isolationen und die Heizungen müssten erneuert werden. Hier stelle sich die generelle Frage, ob die Stadt Wohnungen besitzen müsse, die mehr kosten als sie einbringen. Von solchen Objekten sollte man sich eigentlich trennen.

Trotz der defizitären Haushaltslage gebe es weiterhin zukunftsweisende Visionen wie die Landesgartenschau. Es sei richtig gewesen, sich hier zu bewerben und er hoffe, dass Landau den Zuschlag erhalte. Er glaube, dass mit der Landesgartenschau ein Ruck durch die Stadt gehen könnte, der sich nachhaltig positiv auswirke.

Die FDP-Stadtratsfraktion werde sich nicht aus der Verantwortung stehlen und stimme daher dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass sie sehr wohl anerkenne, dass in diesem Haushalt viel Geld für die Kindertagesstätten und die Schulen ausgegeben werde. Dennoch zeige der Haushalt aufs Neue, dass die städtischen Wohnungen das Stiefkind seien. Mit dem Antrag für die Sanierung von städtischen Wohngebäuden in der Cornichonstraße 200.000 € zur Verfügung zu stellen, wolle man hier einen Schwerpunkt setzen. Dieses städtische Vermögen müsse erhalten und gepflegt werden. Zusätzliche Mittel von 50.000 € habe man auch für die Erneuerung von Spielgeräten auf den Spielplätzen beantragt. Spielplätze seien Begegnungsorte, so dass dieses Geld hier gut angelegt sei. Zur Deckung schlage sie vor, die 50.000 € aus der Bürgerstiftung hierfür zu verwenden anstatt für die Zoogaststätte.

Es sei ihrer Meinung nach eine verkehrte Schwerpunktsetzung im städtischen Haushalt, wenn man nun 400.000 Euro für die geplante Landesgartenschau einstelle. Damit und mit den Ausgaben der Folgejahre beschneide sich der Stadtrat selbst in seinen Möglichkeiten künftiger Investitionen. Es herrsche die Devise: „Alles ist möglich, wenn es uns in den Kram passt“. Die UBFL vertrete dagegen die These, dass eben nicht alles möglich sei.

Mit den vorliegenden Anträgen wolle die UBFL Akzente setzen im Jugendbereich.

Den Wirtschaftsplan der EWL lehne man ab, weil darin unnötige 25.000 € für die Erarbeitung eines Leitbildes für die EWL enthalten seien. Zudem kritisiere sie den Stellenabbau im Bauhof und die zu erwartende Erhöhung der Abfallgebühren wegen der steigenden Verbrennungspreise in der MVA Pirmasens. Dieser Wirtschaftsplan sei zu optimistisch.



Zur Zweitwohnungssteuer könne sie nur sagen, dass man nicht sklavisch der ADD folge. Die UBFL lehne diese Steuer als bürokratisches Monster ab.

Die Kommunen müssten auf der Einnahmenseite besser ausgestattet werden über eine andere Steuerverteilung und eine echte Gemeindefinanzreform. Sie bräuchten stabile Steuereinnahmen, die solidarisch finanziert werden müssten. Vor allem müsse die Gewerbesteuer gestärkt werden, damit die Gemeinden wieder stetigere Einnahmen hätten. Die Vernachlässigung der Gemeinden sei die Vernachlässigung der Bürgerinnen und Bürger.

Es zeige sich, dass die Investitionen für die Landesgartenschau den Spielraum für die kommenden Jahre deutlich einschränke. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt 2010 ab.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Schulsanierungen auch in den kommenden Jahren weitergingen. Das GML habe dabei eine äußerst konstruktive Rolle.

Ratsmitglied Heuberger gab eine persönliche Erklärung ab. Er erkenne an, dass der Haushalt 2010 von der Verwaltung mit großer Sorgfalt und Sparsamkeit aufgestellt worden sei. Trotzdem entstehe eine Deckungslücke von 18 Millionen Euro, die sich aus den Aufwendungen für Pflichtausgaben ergäben. Das Haushaltsergebnis verstoße gegen die gesetzliche Vorgabe, einen ausgeglichenen Haushalt zu planen und vorzulegen. Das aufgelaufene Defizit auf dem städtischen Konto betrage mittlerweile über 60 Millionen Euro, denen keine Gegenwerte gegenüber stünden. Der heute zu beschließende Haushalt treibe die Schulden weiter in die Höhe, auf Kosten der künftigen Generation. Der künftigen Generation nehme man so die Chancen ihrer Zukunft. Viele würden dem Haushalt heute nur zustimmen, weil die Stadt ohne genehmigten Haushalt nicht arbeiten könne. Er richte die Aufforderung an die Verantwortlichen im Bund und im Land, den gesetzlichen Verpflichtungen auch finanzielle Mittel folgen zu lassen. Er werde diesem Haushalt nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

den Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im <u>Ergebnishaushalt</u>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	90.186.529,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>113 902.834,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 23.716.305,00 €
2. im <u>Finanzhaushalt</u>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	85.230.529,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>103.673.189,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 18.442.660,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.474.316,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>16.831.011,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 9.356.695,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	29.689.355,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.890.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	27.799.355,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	122.394.200,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>122.394.200,00 €</u>



Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €
3. über das <u>Investitionsprogramm</u> (Finanzhaushalt 2010 – 2013)	
das nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus ausweist:	Investitionstätigkeit
2010:	16.831.011,00 €
2011:	11.315.097,00 €
2012:	7.949.050,00 €
2013:	6.252.300,00 €
4. über den <u>Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau</u>	
Erfolgsplan	
Erträge	11.117.500,00 €
Aufwendungen	12.177.500,00 €
Vermögensplan	
Einnahmen	8.518.000,00 €
Ausgaben:	8.518.000,00 €
Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2010	3.705.000,00 €
Gesamtbetrag der Kredite	2.589.481,00 €
Gesamtbetrag der Kassenkredite	3.000.000,00 €
c) <i>Bürgerstiftung</i>	
1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	205.120,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>269.217,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 64.097,00 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	205.120,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>238.417,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 33.297,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	190.000,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>550.500,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 360.500,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €



der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	395.120,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>788.917,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 393.797,00 €

d) *Landauer Kunststiftung*

1.	im Ergebnishaushalt		
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	23.250,00 €	
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>23.250,00 €</u>	
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €	
2.	im Finanzhaushalt		
	die ordentlichen Einzahlungen auf	23.250,00 €	
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>23.250,00 €</u>	
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €	
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten		0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	23.250,00 €	
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>23.250,00 €</u>	
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr		0,00 €

e) *Strieffler Stiftung*

1.	im Ergebnishaushalt		
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	42.820,00 €	
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>42.820,00 €</u>	
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €	
2.	im Finanzhaushalt		
	die ordentlichen Einzahlungen auf	42.820,00 €	
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>42.820,00 €</u>	
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €	
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten		0,00 €



die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	42.820,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>42.820,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €

f) über die Beteiligungsberichte

Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH
Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Entsorgungswerke Landau
Gebäudemanagement Landau

g) über den Stellenplan



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010 / Verkehrsberuhigung Schneiderstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Prokop erklärte, dass es die CDU-Fraktion grundsätzlich begrüße, dass sich die SPD der Verkehrsproblematik annehme. Mit dem Antrag zeige sich aber, dass die SPD einen großen Anlauf genommen habe, aber letztlich zu kurz gesprungen sei. Der Antrag suggeriere, dass dieses Problem nur in der Schneiderstraße bestehe. Die CDU sehe dieses Problem aber nicht nur dort, sondern auch in anderen Bereichen der Stadt. Daher wolle die CDU weitergehen und habe beantragt, dass das Bauamt ein Gesamtkonzept für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet erstelle. Die CDU werde sich mehrheitlich enthalten.

Der Vorsitzende erwiderte mit Blick auf die nachfolgenden Anträge, dass der Stadtrat „wahnsinnig“ sei. Man mache hier ein Fass auf, das man nicht mehr zubekomme. In den meisten Straßen habe man schon Tempo-30-Schilder, nun müssten noch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung kommen. Gerade habe jeder sehr wortreich beschrieben, wie schlecht die Haushaltslage sei. Anscheinend interessiere das aber nicht wirklich, denn es gehe gerade so weiter. Er könne nur warnen. Man lebe in Landau und nicht in Berlin und habe doch nicht nur extrem belastete Straßen.

Ratsmitglied Morio bot an, beide Anträge der SPD und der CDU in den Bauausschuss zu verweisen und dort zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Kopf lehnte das Angebot ab. Er habe den Antrag schon sehr frühzeitig angekündigt. Daher wolle er, dass der Antrag in der heutigen Sitzung abgestimmt werde. Den weitergehenden Antrag der CDU werde man ablehnen.

Der Vorsitzende warnte nochmals davor, hier eine Tür aufzumachen. Wenn man dies hier mache, kämen die Anlieger anderer Straßen mit dem gleichen Recht. Er habe bereits sehr frühzeitig klar gemacht, dass er keinem Antrag zustimmen werde, der neue Haushaltsbelastungen bringe.

Ratsmitglied Marquardt fand es nicht in Ordnung, die Bürger in der Schneiderstraße 15 Jahre warten zu lassen, bis etwas geschehe. Ziel müsse es sein, den Verkehr aus der Schneiderstraße herauszuhalten. Hierfür halte er Aufpflasterungen für eine geeignete Maßnahme. Die UBFL werde den Antrag auf jeden Fall unterstützen, denn er bringe Ruhe für die Anwohner.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde.

Ratsmitglied Heuberger sprach hinsichtlich der Aufpflasterung davon, dass gerade das Beispiel Waffenstraße zeige, dass hier insbesondere nachts Lärm entstehe.

Ratsmitglied Kautzmann bezeichnete Aufpflasterungen als größten Schwachsinn. Der Antrag diene nur dazu, sich in der Öffentlichkeit als der große Heilsbringer zu präsentieren.

Herr Bernhard fand es natürlich wünschenswert, alle Tempo 30-Zonen auch baulich umzugestalten. Nur müsste man dies dann im ganzen Stadtgebiet machen und dies sei eine Lebensaufgabe.

Ratsmitglied Scheid machte deutlich, dass dieser Antrag die Folge einer Meinungsbildung des Ortsbeirates Queichheim sei. Schon seit 1996 strebe der Ortsbeirat hier eine Lösung an.

Ratsmitglied Ludwig erklärte, dass Aufpflasterungen im Elsass und in der Schweiz fast in jeder Gemeinde zu finden seien.



Ratsmitglied Ellinghaus schloss sich den Ausführungen von Herrn Ludwig an. Natürlich dürfe man die Fehler bei den Aufpflasterungen nicht wiederholen, man dürfe keinen Lärm produzieren. Man bewillige heute nur Mittel für verkehrsberuhigte Maßnahmen in der Schneiderstraße, über die genaue Ausführung könne man sich dann zu einem späteren Zeitpunkt unterhalten. Er sei der festen Überzeugung, dass solche Bodenwellen zum Standard werden.

Ratsmitglied Kautzmann blieb bei seiner Meinung, dass dieser Antrag idiotisch sei und nur der Selbstprofilierung diene.

Ratsmitglied Vogler beantragte zur Geschäftsordnung, über den Antrag abzustimmen. Es seien alle Argumente ausgetauscht.

Der Stadtrat stimmte dem Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich zu.

Der Vorsitzende lies dann über den Antrag abstimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja-, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Queichheimer Schneiderstraße werden 20.000 Euro im Haushalt 2010 bereitgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2. (öffentlich)

Anträge der CDU-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2.1. (öffentlich)

Verbesserung der Begehbarkeit des Rathausplatzes im Rahmen des Haushaltsansatzes Attraktivierung der Innenstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU diesen Antrag zurückziehe. Der Antrag habe sich erledigt.

Ratsmitglied Schwarzmüller wies darauf hin, dass es keine Begehbarkeit von der Gymnasiumstrasse zur Fußgängerzone gebe. Gerade für Rollstuhlfahrer sei dies sehr schwierig. Das müsse bei diesem Programm auch mit gemacht werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2.2. (öffentlich)

Schulmodernisierungsprogramm

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Schulmodernisierungen seien wichtig für den Bildungsstandort Landau. Es sei ja schon mehrfach zitiert worden, dass man angesichts der neuen Herausforderungen das Tempo der Schulsanierungen verlangsamen müsse. Vor diesem Hintergrund gehe es darum, das Programm zu modifizieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 17 Ja-Stimmen und 25 Enthaltungen:

die Erstellung eines Berichtes über den aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten in allen städtischen Schulen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2.3. (öffentlich)

Kunstrasenplatz - Projekt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Bals begründete den Antrag. Er halte es für nicht in Ordnung, über einen noch existierenden Verein den Stab zu brechen. Unbestritten sei der Verein im Moment in einer schwierigen Situation. Es gehe darum, die in diesem Jahr ursprünglich eingestellten Mittel von 30.000 Euro, die man auf 2011 verschoben habe, im Nachtragshaushalt wieder einzustellen. Voraussetzung sollte sein, dass der Verein entsprechende Vorleistungen bringt. Dies könnte ein positives Signal an den Verein sein.

Ratsmitglied Dr. Kopf legte Wert auf die Feststellung, dass genau dieses Signal bereits in den Haushaltsberatungen im Ältestenrat gesendet wurde. Er könne einen Beschluss als politisches Signal an den Verein unterstützen, nicht aber einen Beschluss im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt.

Der Stadtrat gab einstimmig ein Signal an den Verein, das Kunstrasenplatzprojekt weiterhin finanziell zu unterstützen, sofern das Projekt realisiert wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2.4. (öffentlich)

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Stadtteilen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Prokop bat nochmals um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass eine solche Aufgabe mit dem vorhandenen städtischen Personal nicht zu leisten sei. Die Erstellung eines solchen Programms müsste an ein Büro vergeben werden.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass man solche Maßnahmen sukzessive umsetzen sollte. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass man dort verkehrsberuhigte Maßnahmen umsetzen sollte, wo es am dringendsten nötig sei.

Ratsmitglied Morio beantragte einen Verweis in den Bauausschuss, um es dort in Ruhe zu besprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009 „Verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Stadtteilen“ wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2.5. (öffentlich)

Finanzplanung 2011 - 2015

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio hielt eine solche Finanzplanung im Hinblick auf künftige Maßnahmen für sinnvoll. Im Gegenzug könne er von Seiten der CDU-Fraktion eine größtmögliche Haushaltsdisziplin zusagen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es nicht um die Zusage gehe, sondern vielmehr darum sich auch daran zu halten. Eine solche Finanzplanung sei im übrigen schon während der Haushaltsberatungen im Ältestenrat bis zum Jahr 2013 beschlossen worden. Länger als bis 2013 sei eine solche Finanzplanung auch nicht tragfähig.

Herr Messemer erläuterte, dass eine solche Finanzplanung für den Zeitraum von 3 Jahren über die Gemeindehaushaltsverordnung vorgesehen sei. Wenn man es schaffe, sich an die Finanzplanung bis 2013 zu halten, hätte man schon viel erreicht.

Ratsmitglied Morio erklärte sich mit einer Finanzplanung bis 2013 einverstanden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung erstellt eine mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 2011 bis 2013.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.3. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Haushalt 2010

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 1. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Volkhardt begründete den Antrag. Dies sei ein Antrag der nichts koste, sondern Geld bringe. Die FWG bitte um Überprüfung der Verwaltungskosten und um einen Bericht bis zum 30. Mai 2010.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es dies auf seine Initiative hin schon gebe. Bereits seit den Beratungen zum Nachtragshaushalt gebe es eine verwaltungsinterne Haushaltskonsolidierungsgruppe.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass er den Antrag aufrecht erhalte.

Der Vorsitzende erklärte, dass man den Fraktionsvorsitzenden alle Protokolle der Sitzungen der Haushaltskonsolidierungsgruppe zusenden werde.

Der Stadtrat beschloss einheitlich bei 5 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwaltungskosten in den Bereichen „Büromaterial, Fachliteratur, Zeitschriften, Ergänzungslieferungen, Porto und Versandkosten, Telefon und Datenübertragungskosten sowie Versicherungsbeiträge“ im Wege des Controllings auf Einsparungspotenziale zu überprüfen und bis zum 30. Mai 2010 einen Bericht vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.4. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Antrag zum Haushalt 2010

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag. Es gehe den Grünen darum, in Zukunft mehr Transparenz bei den Bewirtschaftungskosten zu erhalten.

Herr Götz bat darum, den Antrag im Werksausschuss zu beraten. Man müsse dann nämlich auch festlegen, ob man das für jedes einzelne Gebäude wolle oder für Gebäudegruppen. Er weise aber darauf hin, dass die hierfür erforderlichen personellen Ressourcen nicht vorhanden seien.

Ratsmitglied Kautzmann erklärte, dass dies im Grunde ein ernstzunehmender Antrag sei. Gerade die Energiekosten seien ein interessanter Punkt, den man weiter vertiefen sollte. Energiekosten dürften nicht höher werden.

Ratsmitglied Heuberger war der Auffassung, dass dies in der Buchhaltung über einzelne Kostenstellen problemlos möglich sein müsste.

Ratsmitglied Schwarzmüller sagte, dass man von den Schulen diese Aufstellung immer schon habe. Man könne erkennen, dass die Energiekosten dort schon zurückgegangen seien. Das Ziel des Antrages könne doch wohl nicht sein, dass Schüler dann im Kalten sitzen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Richtung des Antrages ja vernünftig sei.

Ratsmitglied Schröder machte deutlich, dass es mit dem Antrag darum gehe, sich die Energiekosten bewusst zu machen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2009 wird in den Werksausschuss GML verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.5. (öffentlich)

Anträge der UBFL-Stadtratsfraktion;



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.5.1. (öffentlich)

Sanierung städtischer Wohnungen in der Cornichonstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es sei zwar schon einiges gemacht worden. Dennoch sollten zusätzliche Ausgaben in die Sanierung der städtischen Wohnungen in der Cornichonstraße eingestellt werden. Zum Ausgleich der zusätzlichen Kosten schlage sie vor, auf den Abriss des Ostring-Pavillons und auf eine Straßenbaumaßnahme zu verzichten.

Herr Götz stellte fest, dass der Schwerpunkt in der Sparte Wohnhausbesitz eh auf der Cornichonstraße liege. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, dass sich diese Sparte selbst tragen müsse. Dies bedeute, dass zusätzliche Investitionen auch zusätzlich erwirtschaftet werden müssten.

Ratsmitglied Kautzmann unterstrich die Ausführungen von Herrn Götz. Eine Finanzierung solcher Maßnahmen müsse aus dem GML-Haushalt erfolgen und könne nicht mit Maßnahmen aus dem städtischen Haushalt gegengerechnet werden.

Der Stadtrat beschloss mit 3 Ja- und 39 Nein-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, im Rahmen des Haushalts 2010 zur Sanierung der städtischen Wohnungen in der Cornichonstraße 200.000 Euro bereitzustellen, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.5.2. (öffentlich)

Jugendarbeitskonzept

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Ihr gehe es gar nicht so sehr um den Betrag von 20.000 Euro. Das könnte ja auch weniger sein. Wichtig sei ihr, dass in den Stadtdörfern Jugendtreffs eingerichtet werden. Dies halte sie für eine wichtige jugendpolitische Maßnahme.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erwiderte, dass man in Landau derzeit einschließlich des Hauses der Jugend 8 offene Jugendtreffs habe. Darüber hinaus gebe es viele zusätzliche offene Angebote. Immer wieder bildeten sich auch in den Stadtteilen Jugendtreffs. Natürlich gebe es immer ein Auf und Ab, dies sei nun mal in der Jugendarbeit so. Im Haushalt habe man zudem schon 500.000 Euro für diesen Bereich eingestellt.

Der Stadtrat beschloss mit 2 Ja- und 40 Nein-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, 20.000 Euro im Haushaltsjahr 2010 für ein Jugendarbeitskonzept bereitzustellen, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.5.3. (öffentlich)

Investitionskosten für die Neuanschaffung von Spielgeräten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Im Haushalt sei zwar einiges vorgesehen, es gebe hier aber einen großen Nachholbedarf. Daher beantrage die UBFL 50.000 Euro im GML-Haushalt für die Neuanschaffung von Spielgeräten. Ihrer Meinung nach könnte man die Bürgerstiftung für diesen sozialen Zweck einsetzen. Dies wäre besser geeignet als die Zoogaststätte. Die Finanzierung der Zoogaststätte könnte ja auch der Verein übernehmen. Dies sollte man prüfen.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erklärte, dass er im Nachgang zu den Beratungen im Ältestenrat alle Spielplätze im Stadtgebiet besucht habe. Natürlich gebe es noch Optimierungsmöglichkeiten. Im neuen Haushaltsjahr gebe man bereits 150.000 Euro aus. Nach allem was er gesehen habe, könne er sagen, dass die Spielplätze besser seien als sie gemacht werden.

Ratsmitglied Prof. Leiner bat darum, jetzt zügiger über die Anträge abzustimmen. Es sei alles sehr gut vorbereitet und abstimmungsfähig. Er habe den Eindruck, dass der Stadtrat allmählich zur Realsatire werde.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, ob es eine Prioritätenliste für die Spielplätze gebe.

Bürgermeister Hirsch bejahte dies.

Der Stadtrat beschloss mit 2 Ja- und 40 Nein-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, weitere 50.000 Euro an Investitionskosten im GML-Haushalt für die Neuanschaffung von Spielgeräten für die Spielplätze im gesamten Stadtzentrum Landaus und in den Stadtdörfern zu veranschlagen, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.6. (öffentlich)

Zweitwohnungssteuer/Bonusprogramm

Der Vorsitzende schlug vor, diesen Punkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13.6.1 zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte fest, dass es keine Mehrheit für eine richtige attraktive Ummeldeprämie gebe. Er hätte dies für eine gute Alternative zur Zweitwohnungssteuer gehalten. Die SPD sehe sich in der Verantwortung für die Stadt. Es gehe hier um mehrere tausend Euro die man verliere, wenn sich die Zahl der Zweitwohnsitze nicht verringere. Seit Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer sei die Zahl der Zweitwohnsitze um 50 % gestiegen. Dies sei die Realität. Daher habe er diesen Kompromissvorschlag eingebracht. Die SPD werde die Einführung der Zweitwohnungssteuer akzeptieren, wenn gleichzeitig ein attraktives Bonussystem für Studierende eingeführt werde. Dies könne nur eine flankierende Maßnahme als netter Willkommensgruß sein.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass es bei der CDU wegen dieses Punktes keine innerparteilichen Probleme gebe. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Einführung der Zweitwohnungssteuer zustimmen. Dies gelte auch für die Einführung eines Bonusprogramms. Die Vorteile der Zweitwohnungssteuer würden überwiegen.

Ratsmitglied Freiermuth beantragte eine getrennte Abstimmung über die Punkte.

Ratsmitglied Volkhardt ergänzte, dass der Schwerpunkt auf der Anmeldung von Erstwohnsitzen liegen müsse. Man habe sich mit der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer schwer getan und werde daher nicht einheitlich abstimmen. Einem Bonussystem werde man egal in welcher Form nicht zustimmen. Man erwarte, dass sich die Studenten mit erstem Wohnsitz in Landau anmelden.

Ratsmitglied Ellinghaus lehnte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Zweitwohnungssteuer ab. Sie sei zu ineffizient und bürokratisch. Die Folge werde sein, dass sich die meisten Studenten gar nicht mehr anmelden würden.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion die Zweitwohnungssteuer ebenfalls ablehne. Man sollte vielmehr auf einen verstärkten Dialog zwischen Universität und Verwaltung setzen.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass fehlendes Geld nicht bei den Studenten und deren Eltern geholt werden dürfe. Die Studenten seien heute schon ein großer Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Man brauche gut ausgebildete junge Menschen, da dürfe die soziale Herkunft kein Bildungshindernis sein. Die Zweitwohnungssteuer sei hierbei das vollkommen falsche Signal.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass er und Ratsmitglied Walz der Einführung der Zweitwohnungssteuer nicht zustimmen werde. Der Grund sei, dass man vor Jahren ein Bonussystem beschlossen aber nicht umgesetzt habe. Der richtige Weg wäre erst mal das Bonussystem zu machen und wenn das nicht wirke, über eine Zweitwohnungssteuer nachzudenken.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Ja, - 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

Der Stadtrat stimmt der Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 01.06.2010 sowie parallel hierzu der Einführung eines Bonusprogramms für Studierende und Auszubildende zu und beauftragt die Verwaltung

- a) die Sitzungsvorlage zur Einführung der Zweitwohnungssteuer zu erstellen und
- b) die Vorbereitungen für ein sog. „Bonusprogramm für Studierende“ und Auszubildende“ zu treffen





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.6.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung eines "Begrüßungsscheckheftes"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13.6. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 25 Ja,- 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

Die Stadt Landau in der Pfalz führt zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Begrüßungsscheckheft für Neubürger (mit Erstwohnsitz in Landau) ein. Dieses Scheckheft soll vollwertige Gutscheine für städtische Einrichtungen , aber auch privater Dritter beinhalten. Mit der Zusammenstellung und der fortlaufenden Koordinierung des Bonusangebotes soll ein privater Anbieter mit einschlägigen Branchenkenntnissen beauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.7. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2010

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 23. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2010 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:

Erträge	11.117.500,-- EURO
Aufwendungen	12.177.500,-- EURO
Differenz:	-1.060.000,-- EURO

Vermögensplan:

Einnahmen	8.757.000,-- EURO
Ausgaben	8.757.000,-- EURO

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt:

für das Jahr 2011 auf	2.175.000,-- EURO,
für das Jahr 2012 auf	1.250.000,-- EURO,
für das Jahr 2013 auf	280.000,-- EURO.

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in den künftigen Wirtschaftsjahren voraussichtlich Investitionskredite in 2011 in Höhe von 1.355.000,-- EURO und in 2012 in Höhe von 749.000,-- EURO aufgenommen werden.

Der Gesamtbetrag der Kredite wird festgesetzt auf 2.656.481,-- EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,-- EURO.

Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2010 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof und Straßenreinigung

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 2. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage. In den Bereichen Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung werde es im Jahr 2010 keine Gebührenerhöhung geben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2010 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge	15.117.000,-- €
Aufwendungen	14.861.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	8.613.000,-- €
Ausgaben	8.613.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt

für das Jahr 2011 auf	3.200.000,-- €
für das Jahr 2012 auf	1.000.000,-- €

Der Gesamtbetrag der <u>Kassenkredite</u> wird festgesetzt auf	150.000,-- €
---	--------------



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2010 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 12. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte als zuständiger Dezernent die Vorlage.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion den Wirtschaftsplan ablehne. Grund hierfür seien die 90.000 Euro die für die Außenbeleuchtung der Festhalle eingestellt seien. Man sehe hier eine falsche Prioritätensetzung.

Ratsmitglied Kautzmann entgegnete, dass man stolz sein könne eine Einrichtung wie die Stadtholding zu haben. Der wirtschaftliche Erfolg der Stadtholding ermögliche viele Dinge, die sonst nicht möglich wären.

Ratsmitglied Eisold war der Meinung, dass die Stadtholding genauso ernsthaft und sparsam mit dem Geld umgehen müsse wie die Stadt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

dem Oberbürgermeister zu empfehlen in der Gesellschafterversammlung,

den Wirtschaftsplanes 2010 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	2.948	
- Zuwendungen	66	
- sonstiger Ertrag	56	
- Ergebnisübernahme	<u>14</u>	3.084
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	5.113	
- Finanzaufwand	<u>95</u>	5.208
Gesamtergebnis 2010	T€	-2.124

2. Vermögensplan 2010

Summe der Einnahmen	3.001
Summe der Ausgaben	3.001

3. Stellenübersicht



	Stellen 2009	Stellen 2010	Stand 30.06.09
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	35,20	35,20	29,67
Gesamt	36,25	36,25	30,72
Nachrichtlich:			
Azubis	6,00	6,00	3,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditermächtigung

Entsprechend Vermögensplan 2010 T€ 2.189 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Dividendenzufluss

4.2 Finanzplan 2011 – 2015



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP; Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP vom 26. November 2009. Hintergrund des Antrages sei eine Verkleinerung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege von 15 auf 14 Mitglieder.

Ratsmitglied Dr. Kopf würde es für gut finden, wenn man die Vertretungsregelung dahingehend optimieren könnte in dem man die direkten Vertreter auch als weitere Vertreter aufführt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Hauptausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege werden von 15 auf 14 Mitglieder verkleinert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 27. November 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Neuwahl der Ausschüsse

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 2. Dezember 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder der dort aufgeführten Ausschüsse, Zweckverbände und Gremien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 17. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 28. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Einführung wiederkehrender Beiträge für den Straßenausbau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 13. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion die Einführung der wiederkehrenden Beiträge ablehne. Zum einen bestehe keine Rechtssicherheit und zum zweiten sei dies eine weitere zusätzliche Belastung für die Grundstückseigentümer.

Ratsmitglied Marquardt sah in der Einführung der wiederkehrenden Beiträge eine zusätzliche Steuer. Genau wie die FDP sehe er hier ebenfalls keine Rechtssicherheit. Dies sei ein weiteres Zeichen für die desolate und marode Haushaltslage der Stadt, wenn man zur Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen solche Beiträge einführe. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Einführung der wiederkehrenden Beiträge ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für Verkehrsanlagen als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Prioritätenliste 2010 - 2013 der ausbaubeitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl lehnte die Prioritätenliste ab, da ihrer Meinung nach im Jahre 2010 zu viele Maßnahmen geplant seien.

Ratsmitglied Pfaffmann erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion in Folge der Ablehnung der wiederkehrenden Beiträge auch diese Prioritätenliste ablehne. Die Ortsteile würden die Dummen sein.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

Der Prioritätenliste der ausbaubeitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen für die Jahre 2010 – 2013 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz**
- 2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Die Ratsmitglieder Dr. Ingenthron und Scharhag waren befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Straßen**

**Franz-von-Sickingen-Straße
Hohenstaufenstraße
Kohl-Larsen-Straße
Rietburgstraße
Röntgenstraße
Sauerbruchstraße
Scharfeneckstraße**

abzurechnen.

- 2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

2.1 Abrechnungsgebiete

Abrechnungsgebiet 1: Franz-von-Sickingen-Straße (zwischen Arzheimer Straße und Lindelbrunnstraße)

Abrechnungsgebiet 2: Hohenstaufenstraße (zwischen Am Jagdstock u. Ebernbürgstraße)

Abrechnungsgebiet 3: Kohl-Larsen-Straße

Abrechnungsgebiet 4: Rietburgstraße (zwischen Hardenburgstraße u. Anwesen Kropsburgstraße 9)

Abrechnungsgebiet 5: Röntgenstraße (von Wollmesheimer Straße bis Lazarettstraße)



Abrechnungsgebiet 6: Sauerbruchstraße

Abrechnungsgebiet 7: Scharfeneckstraße (zwischen Wollmesheimer Straße und Drachenfelsstraße)

Zum jeweiligen Abrechnungsgebiet gehören die in den beigegeführten Lageplänen gekennzeichneten Erschließungsanlagen und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen der Abrechnungsgebiete.

Die Grenzen der Abrechnungsgebiete werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Die Lagepläne mit seinen Eintragungen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2.2 Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen

Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen für die einzelnen Abrechnungsgebiete wird wie folgt festgesetzt:

Abrechnungsgebiet	1 - 4 u. 6 - 7	25 %
Abrechnungsgebiet	5	30 %



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Östliche Innenstadt: Beschluss als Stadtumbaugebiet

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man mit diesem Beschluss auch die Konzeption für den Rosenplatz beschließen. Dem könne die UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Gemäß §171b Abs. 3 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Betroffenen vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom August 2009 abgewogen (Anlage 3). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß §171b Abs. 3 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Aufgabenträger vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom August 2009 abgewogen (Anlage 4). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Das städtebauliche Entwicklungskonzept zur „Stadtumbaumaßnahme Östliche Innenstadt“ wird beschlossen (Anlage 2).**
- 4. Der Bereich der östlichen Innenstadt wird entsprechend der in der Anlage 1 dargestellten Gebietsabgrenzung als Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“ der Stadt Landau beschlossen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

**Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd ;
Überarbeitung des Rahmenplans ehemalige Kaserne Estienne et Foch (Wohnpark Am
Ebenberg)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in der Sitzungsvorlage viele gute Maßnahmen. So solle vieles gemacht werden für mehr Begrünung, dies sei ein eindeutiger Pluspunkt. Allerdings seien weder das östliche Gewerbegebiet noch die Südtangente eine gute Sache. Da die Minuspunkte überwiegen, lehne die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Ludwig war der Meinung, dass die Südtangente niemand so richtig wolle. Man habe dann festgelegt, dass eine Trasse dort festgehalten und erst dann verwirklicht werde, wenn das Wohngebiet erschlossen sei. Dann brauche man eine Entlastung. Die SPD habe diese Rahmenplanung von Anfang an mitgetragen. Wenn die Landesgartenschau dort Früchte trage, dann sei es konsequent zu sagen, dass man dort eine Gartenstadt wolle. Ganz besonders gefalle der SPD-Fraktion der Erhalt von Baudenkmalern, das Konzept einer Stadt der kurzen Wege und die Verzahnung des neuen Stadtteils mit der Südstadt. Ganz besonders zu begrüßen sei die Vorstellung eines CO²-neutralen Wohngebietes. Die Entwicklung dieses Wohngebietes biete einige Möglichkeiten. Ziel müsse es sein, langfristige Investoren zu bekommen. Es finde auch die Zustimmung der SPD, dass in diesem Wohngebiet ein sozialer Ausgleich vorgesehen sei und somit kein Ghetto entstehe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröder erklärte, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Rahmenplan zustimmen werde. Allerdings seien die Grünen weiterhin gegen die Südtangente.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Den Ergebnissen des Expertenworkshops wird zugestimmt. Diese bilden die Grundlage für die weitere Entwicklung der ehemaligen Kaserne Estienne et Foch (Bauleitplanung) und die Investorenausschreibung für den ersten Bauabschnitt.**
- 2. Der Rahmenplan für das ehemalige Kasernenareal Estienne et Foch in der Fassung vom August 2009 wird beschlossen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

**Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim - Heidelberg
- Sonderumlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte es ausdrücklich, dass sich die Stadt Landau an dieser Sonderumlage beteilige. Wichtig sei, dass man hier ein Zeichen setze.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der auf die Stadt Landau entfallenden ZRN-Sonderumlage in Höhe von 5.879,- Euro zur Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg zuzustimmen.

An den möglichen Ausbaurkosten wird sich die Stadt Landau nicht beteiligen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Beauftragung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein Neckar mit Wettbewerbsverfahren im ÖPNV

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 6. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es genau wie in der Vergangenheit nicht für nötig, den Zweckverband mit der Planung zu beauftragen. Man sollte dies weiter bei der Stadt Landau selbst machen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es sehr wohl zielführend sei, die Planung beim Zweckverband zu bündeln, da dieser einen großen Einblick in sämtliche Nahverkehrsverträge habe.

Ratsmitglied Marquardt sagte, dass man konsequenterweise auch den KVV mit einbinden müsse.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Die Stadt Landau beauftragt den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein Neckar bis auf Widerruf mit der Durchführung von Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der Linienbündel Landau nach EU-VO 1370/07.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Antrag des Beirates für Migration und Integration; Änderung der Geschäftsordnung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für Migration und Integration, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 5 Enthaltungen:

Den durch den Beirat gewählten Vertretern wird ermöglicht mit beratender Stimme regelmäßig an den Sitzungen des Sozialausschusses, des Schulträgerausschusses, des Sportausschusses, des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege sowie des Kulturausschusses teilzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung vorzubereiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl wies auf die schwierige Lage der Familie Shabani hin, die durch den Brand ihrer Wohnung in eine Notlage geraten sei. Die Unterbringung in der Wohnung des Sohnes könne so auf Dauer nicht bleiben. Es wäre die Frage, ob man evt. mit einer städtischen Wohnung zumindest vorübergehend helfen könne.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man schon tätig sei. Man helfe, wo man helfen könne. Es seien der Familie schon verschiedene Wohnungen angeboten worden.

Der Vorsitzende wies auf die ausgeteilten Unterlagen des Arbeitskreises Fledermausschutz Rheinland-Pfalz zum Wohnquartier der Großen Mausohr-Fledermaus im Dachgeschoss der Roten Kaserne hin.

Ratsmitglied Vogler erkundigte sich, bis wann die Steckdosen im Ratssaal angebracht seien, damit hier mit Laptops gearbeitet werden könne.



Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 15.12.2009 umfasst 53 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 351.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete